

Utopie und Faschismus

Antifaschistische Strategien und reaktionäre Mobilisierungen um den Spanischen Bürgerkrieg

Spanien 1936: Die verdrängte Revolution

Von den einen verschwiegen, von den anderen verklärt, von der Geschichte vergessen: Am 19. Juli 1936 scheiterte nicht nur der Putschversuch der rechten Generäle gegen die zweite spanische Republik am antifaschistischen Widerstand, sondern es entflammte gleichzeitig in verschiedenen Regionen Spaniens ein sozialrevolutionärer Prozess. In ländlichen Regionen wurden die Ländereien von Großgrundbesitzern kollektiviert, in den Industriegebieten des Nordens (Asturien, Baskenland und Katalonien) kam es zu Übernahmen der Produktionsbetriebe, in urbanen Zentren - allen voran Barcelona - brachten Arbeiterräte auch Infrastruktur und zentrale Dienstleistungen unter ihre Kontrolle. Landwirtschaftliche Kollektive entstanden aber nicht nur aus enteignetem Großgrundbesitz sondern auch aus freiwillig zusammengelegten privaten oder gepachteten Kleinbetrieben. Die einzelnen Kollektive gaben sich bei der Gründung ein Statut und die verschiedenen Aufgaben wurden gemeinsam in Arbeitsgruppen erledigt. In Aragon beispielsweise war die Kollektivierungsbewegung im Agrarsektor besonders erfolgreich und stark verbreitet: 70% der landwirtschaftlichen Fläche wurde kollektiv bewirtschaftet, ca. 300.000 Personen lebten von den Erträgen.

Die ungelöste Frage der Landverteilung

Revolutionäre Bestrebungen waren nicht ganz neu. Bereits während der 2. Republik (1931-36) hatten v.a. die Anarchosyndikalist*innen durch lokale Landbesetzungen Druck auf die zögerliche Politik linksliberaler bürgerlicher Regierungen ausgeübt. Die Republikaner*innen hatten in den ersten beiden Jahren zwar eine Landreform versprochen und entsprechende Gesetze verabschiedet, aus Furcht vor den Großgrundbesitzern und anderen reaktionären Kräften der spanischen Gesellschaft waren die Maßnahmen jedoch bei weitem nicht ausreichend, um dem Elend im Agrarsektor Einhalt zu gebieten.

Die Frage der Landverteilung war das drängendste soziale Problem Spaniens. Mit Ausnahme einiger nördlicher Regionen dominierte der Großgrundbesitz. Die größten Ländereien waren in Händen von weniger als 100 Familien des spanischen Hochadels mit Hektarzahlen von 30.000, 40.000, ja 80.000. Dazu gesellten sich Industrielle, für die seit dem 19. Jahrhundert das Eigentum an Grund und Boden zur Kapitalanlage geworden war. Dem standen 46 % der aktiven Bevölkerung gegenüber, die im Primärsektor beschäftigt waren. Bei diesen Besitzverhältnissen bedeutete Bauer/Bäuerin sein, dass man ein Land bewirtschaftete, das einem nicht gehörte. Die Hälfte der in der Landwirtschaft Tätigen waren zudem Tagelöhner*innen und hatten bisweilen nur zu Erntezeiten eine Chance auf Einkommen. Entsprechend unbeschreiblich war das Elend der Tagelöhnerfamilien. Eine andere Form der Bewirtschaftung waren Pachtverhältnisse; diese waren oft so kurz befristet, dass auch hier eine Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer entstand.

Zwei Millionen Tagelöhner*innen und die von ihnen abhängigen Familien warteten daher auf eine tiefgreifende Veränderung ihrer Lebensumstände. Dass jeder Versuch einer Reform bei den Landbesitzer*innen die Alarmglocken läuten ließ, braucht nicht betont zu werden. Die Republik wurde 1931-33 von einer Koalition aus Linksrepublikaner*innen (*Izquierda Republicana*) und *PSOE* regiert. Die Republikaner*innen wollten als Vertreter*innen des Mittelstandes das Privateigentum nicht antasten, während die gewerkschaftlich orientierten Sozialist*innen arbeitsrechtliche Verbesserungen sowie den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf dem Lande im Blickpunkt hatten und Teile der Sozialdemokratie durchaus auf radikale Umverteilung setzten.

Die endlosen Parlamentsdebatten führten zu einer Agrarreform, die unter den gegebenen Umständen ihren Namen nicht verdiente.

Zum Schutz der Landarbeiter*innen wurde der in der Industrie bereits gültige 8-Stunden-Tag auch in der Landwirtschaft eingeführt und Tagelöhner*innen aus der eigenen Gemeinde mussten bevorzugt angestellt werden. Die Regierung ermöglichte Enteignungen gegen Ablöse für einen bestimmten Zeitraum, um Landlose zu versorgen. Durch diese Übergangslösung fanden aber nur ca. 40.000 Familien ein Auskommen. Parallel dazu fuhr die Republik ein Programm, mit dem sie Landlose zu Kleinbauern und Eigentümern machen wollte. In der zweijährigen Amtszeit der Reformregierung wurden auf diese Art ca. 16.000 Bauern zu neuen Landbesitzern. Letzteres Modell stieß auf Widerstand bei den Gewerkschaften *CNT* und *UGT*, da es nur die kapitalistischen Verhältnisse auf dem Lande konsolidierte. Dazu kam die Frustration der Landarbeiter*innen angesichts der geringen Reichweite der Agrarreform und ihre Enttäuschung über eine Republik, in die sie viele Hoffnungen gesetzt hatten.

Diese Enttäuschung rief v.a. die anarchosyndikalistische *CNT* auf den Plan: Großgrundbesitz wurde enteignet und kollektiviert, aber auch lokale politische Machtstrukturen zerschlagen, um hernach den "libertären Kommunismus" auszurufen. Der wohl bekannteste solche Vorgang ereignete sich im Jänner 1933 in *Casas Viejas*, in der südspanischen Provinz Cádiz. Zur Niederschlagung der lokalen Revolution entsandte die republikanisch-sozialistische Regierung ihre Einsatzkräfte. Die Polizeieinheiten gingen mit brutalen und illegitimen Mitteln wie Brandstiftung und Racheaktionen vor, was letztendlich 26 Todesopfer forderte. Auch in anderen spanischen Provinzen kam es in jenen Tagen zu anarchistischen Aufständen. Ziel derselben war es, die Konsolidierung der bürgerlichen Republik zu verhindern. Die Polizeieinsätze forderten an manchen dieser Orte ebenfalls Todesopfer. Das Massaker von *Casas Viejas* macht einen grundlegenden Widerspruch der 2. Republik deutlich und führte zu diesem Zeitpunkt auch zum Scheitern der ersten gewählten Regierung, da die *PSOE* die repressive Vorgehensweise der Einsatzkräfte nicht mittragen konnte und die Koalition mit den bürgerlichen Republikaner*innen verließ.

Die Rechte rüstet auf

Auf der anderen Seite organisierten sich die Großgrundbesitzer und holten zum Gegenschlag aus. Der erste Streich war ein teilweise aus Adelskreisen unterstützter Putschversuch unter General *Sanjurjo* im Sommer 1932. Dieser scheiterte. Die nächste Gelegenheit ergab sich als 1934 eine konservative Regierung an die Macht kam und die Agrargesetzgebung ihrer Vorgängerin einfro, das hieß dann "Agrarkonterreform". Man kann festhalten, dass der

Widerstand der Landbesitzer*innen und die Religionsfrage bzw. die Verteidigung des Katholizismus und der Kirchenprivilegien gegen den Laizismus und Antiklerikalismus der Republik jene zwei Faktoren darstellten, die als Kristallisationspunkte bei der Konsolidierung eines rechten Lagers während der Zweiten Republik entscheidend waren und letztlich zur tödlichen Bedrohung für die Demokratie wurden.

Die 1933 gegründete spanische faschistische Partei *Falange Española* war zwar nie eine Massenpartei, gewann jedoch unter sogenannten „*Señoritos*“ -Landbesitzer an Zulauf.

Besonders ansprechbar für faschistische Ideen war die jüngere Generation der *Señoritos*, und zwar nicht nur Söhne reicher Großgrundbesitzer*innen sondern auch mittlerer oder kleinerer Landwirtschaftsbetriebe.

Deren Konkurrenzfähigkeit war gegenüber den großen Flächen unter den Auflagen der republikanischen Agrargesetzgebung (höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten) nicht aufrecht zu erhalten und die sich daher als Verlierer*innen fühlten.

Die Oktoberrevolution des Jahres 1934

Als zweites revolutionäres Vorspiel sei noch der Oktoberaufstand von 1934 genannt. Mittlerweile hatte die Abnützung der linksliberalen Reformregierungen wie schon erwähnt zu einem Rechtsruck geführt. Die rechts der Mitte positionierte *Partido Republicano Radical* regierte zunächst mit Duldung der jungen erzkonservativen klerikalen Partei *CEDA*. Nicht ganz zu Unrecht stellte die spanische Linke Parallelen zu Engelbert Dollfuß' Österreich fest und fürchtete die Errichtung eines autoritären Ständestaates, zumal es in den Zwanziger Jahren unter General *Primo de Rivera* bereits eine Diktatur mit ständestaatlichen Elementen gegeben hatte. Die *PSOE* und die sozialistische Gewerkschaft *UGT*, die nach *Casas Viejas* von der rein parlamentarischen Strategie abgerückt waren, verfolgten nun die Strategie der "Arbeitereinheitsfront" (*Alianza Obrera*), in erster Linie in der Absicht, im Fall eines Eintritts der erzkonservativen *CEDA* in die Regierung in die Offensive zu gehen und einen revolutionären Generalstreik auszurufen. Der *Alianza Obrera* schloss sich jedoch die stärkste Kraft der spanischen Arbeiterbewegung, die *CNT*, nicht an. Auch die sehr kleine und unbedeutende *PCE* stand der Einheitsfront zunächst skeptisch gegenüber: Sie vertrat zu jenem Zeitpunkt die Sozialfaschismus-These, nach der die Sozialdemokratie der linke Rand des Faschismus sei, weshalb man mit ihr kein Bündnis eingehen dürfe. In letzter Minute trat sie dem Bündnis doch noch bei. In der Industrieregion Katalonien waren v.a. die antistalinistischen Marxisten *Andreu Nin* und *Joaquín Maurín*, die 1935 die *POUM* gründen sollten, Verfechter der Arbeitereinheitsfront.

Als nun der Anlassfall – eine Regierungsbeteiligung der *CEDA* – im Oktober 1934 eintrat, erfolgte der Startschuss. Diesmal erstreckte sich die Mobilisierung v.a. auf die Industrie- und Bergbauregionen, wo die sozialistische Gewerkschaft *UGT* stark war, während die anarchistische *CNT* die große Abwesende war, weshalb sich die von ihr dominierten Agrarregionen kaum am Aufstand beteiligten. In Katalonien kam es zu Besetzungen von Produktionsbetrieben und zur Übernahme durch Arbeiterräte. Am längsten hielt sich der revolutionäre Aufstand jedoch in der Bergbauregion Asturien, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sich die *CNT*-Führung hier entgegen ihrer nationalen Direktive der *Alianza Obrera* anschloss. In Asturias kam es in der Folge zu einer durchgehenden Machtübernahme nicht nur

in den Betrieben sondern auch auf der politisch-administrativen Ebene. Die bewaffneten Arbeiter bildeten eine "rote Armee" von ca. 30.000 Personen. Bezeichnend ist die Uneinigkeit zwischen Sozialist*innen und Anarchist*innen was die Ziele des revolutionären Generalstreiks bzw das postrevolutionäre Gesellschaftsmodell betrifft: Während die *UGT* für einen "Sozialistischen Staat" eintrat, wollte die *CNT* nicht auf ihre Utopie einer staatenlosen Gesellschaft verzichten; der Kompromiss bestand darin festzuschreiben, dass der Pakt nach dem Umsturz aufgelöst würde und die Arbeiter*innen sich nach ihrem freien Willen neu zu organisieren hätten. Was sich hier bereits zeigt, wurde in der Revolution zu Beginn des Bürgerkriegs erneut schlagend:

Die Anarchosyndikalist*innen hatten eine Utopie die geeignet war, Massen zu mobilisieren, es fehlte ihnen jedoch die Strategie zur Verteidigung und Durchsetzung derselben.

Nach ca. zwei Wochen entsandte die rechte Regierung das Heer zur Niederschlagung der „Revolution von Asturias“. Nach dem Scheitern der Oktoberrevolution kam es einerseits zu einer Radikalisierung in Teilen der Linken (Linkssozialist*innen, oppositionelle Kommunist*innen, *POUM*), während rechte Sozialdemokrat*innen und *PCE* auf die Bildung einer Volksfront hinarbeiteten, was der von der Komintern ausgerufenen Linie entsprach. Die Bildung einer solchen Volksfront (*Frente Popular*) ermöglichte immerhin einen Wahlsieg bei den letzten demokratischen Wahlen der Republik im Februar 1936 und die Ablöse der Rechten von der Regierung.

Der Bürgerkrieg: Antifaschistischer Abwehrkampf und/oder soziale Revolution?

Als es bei Ausbruch des Bürgerkrieges innerhalb der sogenannten „Republikanischen Zone“ zu revolutionären Umwälzungen kam, kristallisierten sich rasch die Fronten innerhalb der Republikaner*innen und der Linken ab:

Die bürgerlichen Parteien, der rechte Flügel der Sozialdemokratie und die *PCE* sowie in Katalonien die *PSUC* waren gegen die Revolution und für eine Bündelung der Kräfte zugunsten des antifaschistischen Abwehrkampfes, während *CNT/FAI*, *POUM* und Linkssozialist*innen in einer sozialen Revolution den entscheidenden Motor für den Sieg gegen den Faschismus und die Konterrevolution sahen.

Vereinfacht gesagt war für die einen der Krieg oberste Priorität, die anderen sahen Bürgerkrieg und Revolution Hand in Hand einhergehen.

Waren *CNT* und *POUM* für horizontal strukturierte und von Arbeiterräten kontrollierte Betriebe, setzten *PCE*, *PSUC* und *UGT* auf Verstaatlichung und Militarisierung der Schlüsselindustrien, hierarchische Unternehmensleitung und Differenzierung bei der Entlohnung.

Als die *PCE* mit *Vicente Uribe* ab September 1936 den Landwirtschaftsminister stellte, wurde bald deutlich, dass es darum ging, den Agrarsektor unter Kontrolle zu bringen und sozialrevolutionären Umtrieben ein Ende zu bereiten: Mittels Dekret wurden Enteignungen auf Grundeigentum von Sympathisant*innen des Putsches reduziert, enteignetes Land wurde verstaatlicht und konnte dann entweder von einzelnen Pächter*innen oder kollektiv bewirtschaftet werden. Für die Bewirtschaftung konnte man einen Kredit beim *Instituto de la*

Reforma Agraria bekommen, welches ebenfalls *PCE*-dominiert war. Die *CNT* hingegen beabsichtigte alle landwirtschaftlichen Flächen unter die Kontrolle der Landarbeiter*innen bringen, um sie kollektiv zu bewirtschaften und nicht nur jene der faschistischen Latifundist*innen. Die Gegenstrategie der Revolutionäre war die Gründung regionaler Zusammenschlüsse von Landwirtschaftskollektiven, besonders erfolgreich in Aragon. Hinter diesen Vereinigungen verbarg sich u.a. der Versuch, die revolutionären Vorgänge gegen die Attacken der Volksfrontregierung zu verteidigen. Eine analoge Strategie wurde von revolutionären Kräften im industriellen Sektor verfolgt: die Arbeiterräte der kontrollierten Betriebe horizontal oder pyramidal zu organisieren, um die Herrschaft der Arbeiterklasse zu sichern. Der Dauerkonflikt zwischen Volksfrontregierung und den revolutionären Kräften lässt sich auf die Formel bringen: Verstaatlichung "von oben" versus Kollektivierung "von unten". In einer sehenswerten Szene seines Films "*Land and Freedom*" (1995) veranschaulicht *Ken Loach* die verschiedenen Positionen in dieser Debatte in eindrucksvoller Weise.

Auf den ersten Blick mag es widersprüchlich erscheinen, dass sich beide Richtungen aus gegensätzlichen Gründen großen Zulaufs erfreuen konnten: Aufgrund einer Politik, die das Privateigentum schützte und dem Mittelstand seinen Platz ließ, rekrutierten *PCE* und *PSUC* unter den selbstständigen Bauern und im Kleinbürgertum. *CNT* und *POUM* wiederum verbreiterten ihre Anhängerschaft unter Arbeiter*innen und Landlosen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte die Tatsache, dass der revolutionäre Elan in den urbanen Zentren der republikanischen Zone (Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza und mittleren Städten v.a. in Katalonien und Aragon) auch Klein- und Mittelbetriebe aller Art erfasste. Da wurden die Molkereien von Barcelona mit der Begründung zusammengefasst, die kleinen Privatbetriebe erfüllten die Hygieneerfordernisse nicht, Schusterbetriebe wurden zur Effizienzsteigerung kollektiviert, usw. bis hin zu den Barbieren und Friseursalons. Neben dem Argument der Effizienz sowie der Qualitätsverbesserung und Produktionssteigerung durch Kollektivierung, ging es v.a. den *cenetistas* (*CNT*) um eine unmittelbare Umsetzung der Utopie der Beendigung der "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen". Das ging so vor sich, dass die Gewerkschaft einen Betrieb kollektivierte, indem sie dem/der Besitzer+in die Kontrolle über die Produktionsmittel entzog und sie/ihn auf die gleiche Stufe stellte wie alle Angestellten, d.h. bei gleichem Einkommen und gleicher Arbeitsleistung. Man versuchte, die kleinbürgerlichen Unternehmer*innen durchaus zu überzeugen, indem man ihnen eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage durch Überwindung der Selbstausbeutung versprach, was in manchen Fällen sogar aufging. Während sich die einen Kleinunternehmer*innen mehr oder weniger überzeugt oder resigniert in die neuen Verhältnisse fügten, trafen die Übernahmen dort auf Widerwillen bis Widerstand, wo die kleinbürgerliche Identität "bescheiden, aber sein eigener Herr zu sein" stark verankert war. Auch diese Reibungen mögen den Zulauf des Kleinbürgertums zu *PSUC* bzw *PCE* erklären.

Der Konflikt innerhalb der Linken eskalierte bis hin zur bewaffneten Auseinandersetzung.

Im Mai 1937 ließ die katalanische Regierung mit Unterstützung der *PSUC* und der Sozialist*innen in Barcelona die von der *CNT* besetzte Telefonzentrale mit Waffengewalt räumen. Die folgenschwere Aktion wurde zum Todesstoß für die soziale Revolution, die Kommunist*innen eroberten die Hegemonie innerhalb der Linken, nicht zuletzt durch eine Welle

stalinistischer Säuberungen, der v.a. Aktivist*innen der *POUM* zum Opfer fielen. Prominentestes Beispiel ist *Andreu Nin*, der im Juni 1937 verschwand: Wie man seit der Öffnung der Archive der Komintern Anfang der 1990er Jahre weiß, wurde er von Stalins langem Arm, dem NKWD, in der „*Operation Nikolai*“ ermordet. In Folge der Mai-Ereignisse kam es zu einem radikalen Durchgreifen auch auf politischer Ebene: Auf Druck der *PCE* wurde der dem linken Gewerkschaftsflügel der *PSOE* zugerechnete Ministerpräsident *Largo Caballero* gestürzt und durch den rechten Sozialdemokraten *Juan Negrín* ersetzt. Die Volksfrontlinie des „antifaschistischen Abwehrkampfes“ unter Zurückdrängung der Revolution hatte sich durchgesetzt. Schließlich wollte man innenpolitisch die bürgerlich-republikanischen Parteien nicht verängstigen und Stalin musste sich international im Falle eines Krieges gegen den Hitlerfaschismus die parlamentarischen Demokratien als potenzielle Verbündete warm halten. Die spanische Revolution war nur noch eine Anekdote der Geschichte.

Antifaschismus und Revolution bei den internationalen Brigaden

Interessant mag in diesem Zusammenhang die internationale Projektion des Bürgerkriegs und der Revolution sein. Schließlich eröffnete sich ab dem Juli 1936 auch über Spanien hinaus erstmals eine ganz neue Perspektive in Europa:

Man konnte dem Faschismus einerseits militärisch entgegentreten, ihm andererseits aber auch eine in der Praxis gelebte sozialrevolutionäre Utopie entgegensetzen.

Es war nicht zuletzt diese Aussicht, die zahlreiche Freiwillige vieler Länder anzog, sich den Internationalen Brigaden anzuschließen.

Ebenso wie in Spanien selbst fanden sich bei den Interbrigadist*innen jene, deren Motivation eine vorrangig Antifaschistische war, und jene, die erstmals nach 1917-23 wieder die Chance einer tiefgreifenden Umwälzung im Sinne der Arbeiterklasse sahen. Die Vertreter*innen des reinen Antifaschismus, in erster Linie Sozialdemokrat*innen und Stalinist*innen, stellten unter den Interbrigadist*innen eindeutig die Mehrheit, während die sozialrevolutionären Kräfte unter ihnen in der Minderheit blieben und sich in Spanien entweder den Anarchist*innen oder der marxistischen *POUM* anschlossen. Prominentes Beispiel ist *George Orwell*, der sich als Mitglied der *Independent Labour Party* in die *POUM*-Milizen einreichte, als er das revolutionäre Potenzial erkannte:

“Der Anblick von Barcelona [hatte] etwas Überraschendes und Überwältigendes. Zum erstenmal war ich in einer Stadt, in der die arbeitende Klasse im Sattel saß. Die Arbeiter hatten sich praktisch jedes größeren Gebäudes bemächtigt und es mit roten Fahnen oder der rot und schwarzen Fahne der Anarchisten behängt. [...] Jeder Laden und jedes Café trugen die Inschrift, dass sie kollektiviert worden seien. Man hatte sogar die Schuhputzer kollektiviert und ihre Kästen rot und schwarz gestrichen. [...] All das war seltsam und rührend. Es gab vieles, was ich nicht verstand. In gewisser Hinsicht gefiel es mir sogar nicht. Aber ich erkannte sofort die Situation, für die zu kämpfen sich lohnte.“ (George Orwell, *Mein Katalonien*)

Lernen aus der Geschichte? Fünf Thesen

Diese Abhandlung bezieht sich nur auf Teilaspekte einer höchst komplexen historischen Situation und blendet wichtige Faktoren zur Beurteilung des Spanischen Bürgerkrieges aus. Sie ist daher nicht geeignet, eine Analyse der Gründe des Scheiterns einer Revolution oder des

Sieges des Faschismus im Bürgerkrieg zu liefern. Auch Rückschlüsse auf die Gegenwart sind müßig, lassen sich doch weder die europäische bzw. internationale Lage noch die Charakteristika der Krise(n) des Kapitalismus damals und heute vergleichen. Die Geschichte wiederholt sich nie eins zu eins. Dennoch sollen an dieser Stelle einige abschließende Thesen zur Diskussion anregen:

1. Eine Krise des Kapitalismus führt nicht unweigerlich dazu, dass sich breite Teile der Arbeiter*innenschaft bzw. benachteiligter Bevölkerungsschichten autoritären oder faschistischen Bewegungen anschließen. Eine reale Perspektive tiefgreifender Transformation der Verhältnisse ist dazu geeignet, ebendiese Bevölkerungsschichten zu mobilisieren.
2. Linke Kräfte -Gewerkschaften, Parteien- die fähig sind, eine solche reale Utopie und damit die Hoffnung auf eine positive Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse greifbar werden zu lassen, können die Mobilisierung vorantreiben und damit wiederum ein Abdriften enttäuschter Massen zu rechtsextremen, rassistischen, nationalistischen oder identitären Positionen verhindern.
3. Halbe Lösungen, die aus Kompromissen zwischen transformierenden und erhaltenden politischen Kräften entstehen, führen zu einer Radikalisierung in beide Richtungen.
4. Wenn ein Rechtsruck im Laufen ist, dann werden „Volksfront-Modelle“ ihn auf Dauer nicht aufhalten können. Ein Zusammenschluss aller „demokratischen Kräfte“ – sowohl progressiver als auch konservativer Parteien – kann höchstens eine kurzfristige taktische Notwendigkeit sein, nicht jedoch eine nachhaltige Lösung bringen.
5. Antifaschismus allein reicht nicht als Gegenstrategie zum Faschismus. Parallel dazu muss es die politische Aktion zur gesellschaftlichen Veränderung geben.

Infobox: Eva Feenstra ist Obfrau der Grünen Akademie und Vertragslehrerin für Spanisch an der Karl-Franzens Universität Graz. Sie beschäftigte sich unter anderem mit der Erinnerung an die als „Rotspanier*innen“ von den Nazis in Konzentrationslager verschleppten Spanienkämpfer*innen. Für die Jungen Grünen leitete sie zuletzt den Themenabend „Doch es geht! Podemos als linke Alternative?“ 2015 in Graz.

Buchtip: Orwell, George: Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg; Verlag: Diogenes. 2012, 288 Seiten, ISBN: 978-3-257-60248-7
Dieses Buch, unmittelbar nach Orwells Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg verfasst, haben wir im hinteren Teil des Magazins für euch rezensiert.